

Mai 2008

- Inhalt:
- Liebe Kolleginnen und Kollegen – Politische Aktionen
 - Neue Besetzung im Landesvorstand der DJG Brandenburg
 - Künftige JuFa's im Gespräch mit der Justizministerin
 - Tarifvertrag für Azubis der Länder (TVA-L) und Anpassung
 - Neues vom Jobticket
 - Lange Wartezeiten bei der ZBB
 - Broschüre „Rund ums Geld“
 - Kurz notiert



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Landesvorstand Brandenburg nimmt die politische Bildung seiner Mitglieder sehr ernst und hatte deshalb zu Beginn des Jahres 2008 umfangreiche Bildungsmaßnahmen beschlossen, von denen einige bereits durchgeführt wurden.

Erinnert sei zunächst an die gemeinsame **2tägige Fahrt in den Deutschen Bundestag und in unterschiedliche Bundesministerien vom 13. bis 14. März.**

Das Kennenlernen der Arbeitsweise unserer Abgeordneten im **Deutschen Bundestag** und das Verfolgen der **Debatte vom Besucherrang des Parlamentes** aus war für die **50 Justizbediensteten** aus dem gesamten Land Brandenburg ebenso interessant wie die **Besichtigung**



der Bundeszentrale für die Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen.

Gedankt sei an dieser Stelle nochmals dem **Bundestagsabgeordneten der FDP Herrn Heinz Lanfermann**, durch den uns diese Maßnahme erst ermöglicht wurde und der sich neben weiteren Abgeordneten seiner Fraktion den Fragen unserer Mitglieder sehr interessiert stellte.

Im **Bundesministerium der Justiz** wurden auf unseren Wunsch hin Ausführungen zum FGG-Reform-Gesetz, die wesentlichsten Gedanken und komplexen Veränderungen darin benannt und teilweise erläutert.

Ein kleiner Einblick in die vielschichtigen Aufgaben des **Bundesministeriums des Innern** und Antworten auf einige unserer Fragen bildete nach einer wunderschönen Stadtrundfahrt den Abschluss dieser Berlin-Tour.

Einen besonderen **politischen Höhepunkt** konnte der Vorstand bereits im April seinen Mitgliedern anbieten.

In der Zeit vom **9. bis 11. April** wurde 20 Justizbediensteten die Möglichkeit der Teilnahme an einer **Sonderfahrt des Europaabgeordneten DER LINKEN Dr. André Brie** in das **Europaparlament nach Brüssel** und das **NATO-Hauptquartier nach Mons** gegeben. Da

Dr. André Brie Europaabgeordneter von Mecklenburg-Vorpommern ist, unternahmen wir diese Reise gemeinsam mit Vertretern aus Mecklenburg-Vorpommern.

Erstaunlicherweise war die Busfahrt nicht so anstrengend wie befürchtet. Liebevoll wurden wir im Bus mit Getränken jeder Art und dem beliebten Schweinerollbraten (Bockwurst) versorgt, es wurde gemeinsam gesungen und am Ende der Reise Adressen getauscht.



Im **europäischen Parlament** konnten wir die Debatten über den Simultandolmetscher verfolgen und feststellen, dass zwar **viele Sprachen** gesprochen, wir aber **gemeinsame Probleme** haben, die es zu überwinden gilt. Interessant waren auch die Ausführungen zu dem großen EU-Thema: **Justiz – Recht – Innere Sicherheit**, zu dem wir umfangreiche und vielschichtige Ausführungen hörten.

Im **NATO-Hauptquartier** erläuterte uns ein hochrangiger Offizier die Aufgaben und sonstige Stellung der NATO, deren Verantwortung gegenüber ihren Verbündeten und ihre Handlungskompetenz.



Mit Stolz zeigte uns der Offizier das umzäunte Gelände, auf dem üblicherweise die Familien der Offiziere wohnen und sich überwiegend aufhalten. Einkaufsmöglichkeiten, Kultur- und Sportstätten sowie mehrere Kindergärten befinden sich auf diesem Gelände, das abends verschlossen und morgens geöffnet, stets aber bewacht wird.

Bei strahlendem Wetter erlebten die Teilnehmer zum Abschluss eine teils gefahrene, teils gelaufene **Stadtführung durch Brüssel**. Natürlich durften bei dieser Führung „**Männeken Piss**“ und das **Atomium**, das bereits 50 Jahre alt ist, nicht fehlen, ebenso nicht der wunderschöne und über die Grenzen hinaus bekannte **alte Marktplatz**.

Achtung, bitte vormerken: In der Zeit vom **09. bis 11. September 2008** findet ein **Seminar in Wien (Österreich)** statt, deren Organisation noch nicht abgeschlossen ist. Anmeldungen zu diesem Seminar sind deshalb noch **nicht möglich**. Gesonderte **Ausschreibung bitte beachten!!**

Am **17. März 2008** fand ein sehr aufschlussreiches und interessantes Gespräch zwischen Mitgliedern der DJG, dem Landesvorstand und der **Bundestagsangeordneten der CDU Frau Andrea Voßhoff** in Potsdam statt und am **01. April 2008** mit der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag **Frau Kerstin Kaiser**.

Weitere Gespräche mit **Landtagsabgeordneten der Fraktionen CDU und SPD** sind in Planung und alle Mitglieder schon jetzt dazu herzlich eingeladen. Gesonderte Informationen werden rechtzeitig zu den Terminen und Themen erfolgen.

Neue Besetzung im Landesvorstand der DJG Brandenburg

Innerhalb des Landesverbandes Brandenburg der Deutschen-Justiz-Gewerkschaft hat es nunmehr personelle Verstärkungen gegeben.

Ab sofort ist für den Fachbereich Rechtsschutz Herr Jörg Kubicki, erreichbar über die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) – Zweigstelle Eberswalde, Telefon: 0 33 34 / 204 – 228 zuständig.

Für den Fachbereich der Rechtspfleger ist nunmehr Frau Petra Schmidt, erreichbar

über das Amtsgericht Strausberg unter der e-mail:

Petra.Schmidt@agsrb.brandenburg.de,
Telefon: 0 33 41 / 33 12 -112 zuständig.
Diesbezüglichen Anliegen können über die vorgenannten Kollegen abgewickelt werden.

An dieser Stelle herzlichen Dank für die Mitarbeit.

NEU ? WER ?



Künftige Justizfachangestellte im Gespräch mit der Justizministerin

Am 03.04.2008 hat es in Brandenburg an der Havel am Oberstufenzentrum „Alfred Flakowski“ ein Gespräch zwischen den auszubildenden Justizfachangestellten des Landes Brandenburg und der Justizministerin Beate Blechinger gegeben.

Die Hoffnungen der Azubis, nach bestandener Prüfung Justizfachangestellte des Landes Brandenburg zu werden, wurden von der Justizministerin leider nicht gestärkt. Vielmehr habe Brandenburg angeblich zu viele Mitarbeiter im mittleren Dienst bzw. Justizfachangestellte und müsse dort an Personal abbauen. Die Märkische Allgemeine Zeitung berichtete von diesem Treffen ebenfalls in ihrer Ausgabe vom 05.04.2008. Der Artikel ist ebenfalls auf der homepage der DJG veröffentlicht und kann nochmals nachgelesen werden.

Tarifvertrag für Azubis der Länder (TVA-L) und Anpassung

Die dbb tarifunion hat sich mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf eine Anpassung der Ausbildungsentgelte um 2,9 Prozent im Jahr 2008 ab Januar geeinigt. Außerdem wurde eine Anpassung der Entgelte Ost an das Tarifgebiet West vereinbart zum 01. Mai 2008. Somit entfällt nunmehr endgültig nach ca. 18 Jahren die unterschiedliche Bezahlung im Bereich der Ausbildung des Öffentlichen Dienstes. Mithin beträgt das monatliche Ausbildungsentgelt für Azubis im



Tarifgebiet Ost, die unter das Berufsbildungsgesetz (BBiG) fallen, in der Zeit vom 01.01.2008 bis 30.04.2008 im ersten Ausbildungsjahr 617,34 € im zweiten 666,15 € im dritten 710,93 € und im vierten 773,06 € Ab dem 01.05.2008 erhöht sich das Ausbildungsentgelt aufgrund der Anpassung dann für Azubis im ersten Ausbildungsjahr auf 635,24 € im zweiten 685,47 € im dritten 731,55 € und im vierten Ausbildungsjahr im 795,48 € Das Ergebnis steht jedoch noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Mitgliederversammlung der TdL.

Neues vom Jobticket

Wie vielleicht einigen bekannt ist, sind die bisherigen Jobtickets ausgelaufen und wurden nicht weiter verlängert. Seitens des VBB Berlin-Brandenburg hat es bis Ende 2007 in Abhängigkeit der teilnehmenden Kollegen einen Rabatt bis zu 15 % bei den Fahrscheinen für die öffentlichen Verkehrsmittel gegeben. Ab dem 01.01.2008 wird seitens des VBB grundsätzlich jedoch nur noch ein Rabatt von 5 % für die jeweiligen Fahrscheine gewährt, unabhängig von der Anzahl der Kollegen, die das Jobticket in Anspruch nehmen wollen. Das Justizministerium erwiderte einer Anfrage der DJG zur erneuten Einführung



eines Jobtickets über das Ministerium, dass der personelle und logistische Aufwand für das Ministerium bei einer Rabattgewährung von 5 % vom VBB zu aufwendig sei und dies deshalb von jeder Dienststelle selbst geleistet werden müsste. **Dazu könne ein Antrag gestellt werden beim Justizministerium an den Beauftragten des Haushalt zwecks Errichtung einer Verwahrstelle/Vorschusskonto bei der Landeshauptkasse, um über dieses Konto die Gelder ein- und auszahlen zu können für das Jobticket.** Die Errichtung dieses Kontos sei nach Aussage der Justizministerin nicht das Problem.

Lange Wartezeiten bei der ZBB

Bei der ZBB werden Anträge auf Kostenerstattung von unter 1280 € erst nach ungefähr binnen 8-9 Wochen bearbeitet, über 1280 € in ca. 10 Tagen. Bei Kindergeldanträgen ist ebenfalls immer noch mit einer langen Bearbeitungsdauer seitens der ZBB zu rechnen. Die DJG bittet um Mitteilung und Schilderung bei besonders langen Wartezeiten. Die Justizministerin hat am 23.04.2008 zugesagt, sich persönlich für eine raschere Bearbeitung einzusetzen, indem sie einen entsprechenden Brief an das Finanzministerium aufsetzen wird, ggf. auch mit der entsprechenden Einzelfallschilderung.



An dieser Stelle sei noch erwähnt, dass voraussichtlich ab September 2008 Kindergeldanträge bei der ZBB automatisiert werden sollen, um so eine schnellere Bearbeitung zu erlangen. Ob dies jedoch fruchten wird, bleibt wohl offen.

Broschüre „Rund ums Geld“

Uns stellt sich die Frage, ob wir als Landesverband Brandenburg wieder die Broschüre „Rund ums Geld im öffentlichen Dienst 2008/2009“ als dbb Ausgabe bestellen sollten oder nicht. Die

Broschüre informiert über die wichtigsten Themen zum öffentlichen Dienst, wie Besoldungstabellen, Arbeitszeit und Urlaub, Reisekosten, Nebentätigkeiten, Rente & Versorgung, Gesundheit und Beihilfe, Soziales & Familie.

Um verantwortungsvoll mit den Gewerkschaftsbeiträgen umzugehen, nunmehr die Frage an Euch: Wer hat Interesse an der vorgenannten Broschüre? Interessensbekundungen bitte bis zum 01.06.2008 per e-mail an Sebastian.Wille@agp.brandenburg.de.

Kurz notiert

- Abzug von berufsbedingten Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten

Seit dem 01.01.2006 können Kinderbetreuungskosten bis zu 4.000 € wie Werbungskosten vom Einkommen abgezogen werden. Ob die Begrenzung bis zu 4.000 € verfassungsgemäß ist, wird das Bundesverfassungsgericht unter dem Aktenzeichen 2 BvR 1270/07 entscheiden müssen.



- Bundesjugendausschuss der DJJ

In der Zeit vom 26.06.2008 bis 28.06.2008 findet in Jever der diesjährige Bundesjugendausschuss statt. Wer von unseren Jugendlichen hat Interesse daran und ist gewillt, die Brandenburgische Jugend dort zu vertreten? Mitteilungen bitte an Sebastian.Wille@agp.brandenburg.de.

- Praxisgebühr

Ob § 12 Abs. 1 S. 2 der Beihilfenvorschrift des Bundes wirksam ist und somit 10 € je Kalendervierteljahr von der Beihilfe einbehalten werden darf, muss nunmehr das Bundesverwaltungsgericht prüfen. Wenn nein, so wird rückwirkend ab dem 12.11.2007 eine Erstattung erfolgen unabhängig davon, ob gegen den Beihilfebescheid Widerspruch eingelegt wurde, so der Erlass des Ministeriums der Finanzen vom 14.02.2008, nachzulesen unter www.lvnbb.de.

- Nichtraucherchutzgesetz und Versicherung

Das Verwaltungsgerichts Köln hat am 29.02.2008, Aktenzeichen 19 K 3459/07 entschieden, dass Mitarbeiter weder Anspruch auf einen Raucherraum noch auf Rauchpausen während der Kernarbeitszeit haben.

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) hat in ihrer neuen Ausgabe der GW-Mitteilungen ausgeführt, dass zwar der Weg zum Raucherraum oder vor die Tür versichert ist, aber nicht der „Aufenthalt“ dort während der Zigarettenpause. Mehr dazu unter www.bgw-online.de

**Was können wir verändern oder verbessern? Was kommt zu kurz?
Eure Meinung ist uns wichtig.**



DJG Vorsitzende: Sabine Wenzel,
Goethestrasse 28,
15834 Rangsdorf.
e-mail : wenzelsabine@t-online.de